

Erwiderung auf den Artikel „Trick 17 mit Selbstüberlistung“ von Besalino (Graswurzelrevolution 373, November 2012)

Mit Vehemenz hat Besalino die erwünschte Diskussion über die Ergebnisse der Fachtagung „Vermittlung in politischen Konflikten“ am 17. und 18.04.2012 in Stuttgart eröffnet. Sein Beitrag ist ein umfassender Verriss des inhaltlichen Anliegens der Tagung und der politischem Mediation als Chance für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung und -lösung. Aber auch damit kann er die von den Tagungsinitiatoren gewünschte Debatte befruchten.

Besalinos Argumente gegen Politische Mediation

Seine Grundaussage kann zusammengefasst werden in der These *„Politische Mediation konterkariert den Erfolg von Widerstand. Es geht deshalb darum, solche Verfahren die Zustimmung zu entziehen, und nicht, sie verbessern zu wollen!“*

Dieser Schlussfolgerung kann man tatsächlich zustimmen, wenn man folgende Hypothesen und Einschätzungen teilt, die Besalino für seine Argumentation anführt:

- Alles was Protestbewegungen an politischem Druck und Widerstandskraft aufgebaut haben, wird durch die Teilnahme an einer Schlichtung, Mediation oder anderen Dialogverfahren zunichte gemacht. (Beispiel: S 21-Schlichtung)
- Es gibt dagegen eine reale Chance, dass die Bewegung das bekämpfte Großbauprojekt zu Fall bringt. (Beispiel: S 21)
- Die herrschenden haben nur noch den Ausweg, ihr Heil in direkten Gesprächen zu suchen. (Beispiel: Ministerpräsident Mappus bei S 21)
- Es gibt nur schlechte Erfahrungen mit Politischer Mediation und ähnlichen Verfahren: Sie tragen wesentlich zur Durchsetzung der ursprünglichen Pläne bei. Statt ein Projekt grundsätzlich in Frage zu stellen, gibt es auf diesem Weg nur die Möglichkeit, an der Ausgestaltung „konstruktiv“ mitzuwirken.
- Was für die Klärung zwischenmenschlicher Konflikte wertvoll und heilsam ist, funktioniert nicht bei politischen Konflikten.
- Interessenkonflikte zwischen Politik und Wirtschaft auf der einen und Bevölkerung und sozialen Bewegungen auf der anderen Seite sind nicht vermittelbar.
- Das Ziel der Protestbewegung ist es, strukturelle Machtverhältnisse zu verändern, und nicht, Lösungen innerhalb dieser Machtverhältnisse zu suchen.
- Der Widerstand vertritt das moralisch Bessere, der Gegner ist auf der Seite des Unrechts.
- Es geht darum, einen Missstand bzw. ein Unrecht zu bekämpfen, und nicht darum, zum Frieden mit allen zu kommen.
- Führungseliten gelingt es, über Dialogverfahren politischen Protest aufzufangen und zu ihren Gunsten zu lenken.
- Nicht Argumente bestimmen den Ausgang, sondern die Machtmittel der Beeinflussung seitens der Projektbetreiber.

Diese Prämissen mögen in manchen Fällen zutreffend sein, sind es aber in vielen Einzelfällen und im Grundsätzlichen nicht. Denn nur wenige politische Konflikte passen in den von ihm skizzierten Bezugsrahmen. Wenn auch nur einer oder ein paar der genannten Argumente gegen politische Mediation nicht zutreffen, dann stellt sich die Frage ganz neu.

Systemveränderung oder Lösung drängender Probleme geringerer Reichweite

Es geht nicht immer und überall um die Systemfrage. Sie kann zwar immer und überall gestellt werden, doch manchmal ist eine Frage nach einer sachgerechten Lösung sinnvoll und ausreichend. Und selbst bei Systemfragen können verhandlungsbegleitende Übergangsstrategien hilfreich sein, wie etwa bei der Ablösung des Apartheid-Regimes in Südafrika oder der Entmachtung des SED-Staates in der ehemaligen DDR.

Es wird sicherlich Grundsatzfragen geben, wie zum Beispiel die Nutzung der Atomenergie, die keinen Verhandlungsspielraum im Sinne von etwas mehr oder weniger zulassen. Es ist klar: Es soll keine Atomkraftwerke geben. Doch unterhalb solcher Grundsatzfragen lassen sich viele Runde Tische für Themen rund um die alternative Energieversorgung oder um die Frage der bestmöglichen Lagerung von Atommüll vorstellen.

Bei den meisten Auseinandersetzungen haben die Projekte jedoch eine begrenztere Reichweite: die Gestaltung und Nutzung von öffentlichen Plätzen, die Entlastung durch Autoverkehr oder Bahntrassen, Altlastensanierungen, größere Bauvorhaben oder die Unterbringung von Flüchtlingen. Greifen für diese Fälle die Argumente von Besalino noch? Oder ist das „etwas Anderes“? Wenn ja, wieso sollten dann die Argumente gegen die Anwendbarkeit von Mediation in politischen Konflikten hier nicht gelten? Und wo liegt die Grenze zum „Anderen“?

Besalino behauptet, dass es bei S 21 um weit mehr als einen Bahnhof und die damit einhergehende Flächenzerstörung der Innenstadt ging. Dies trifft unseres Erachtens nicht auf die gesamte Bewegung zu und, wie die Anteile zwischen Grundsatzfrage und konkreter Projektverhinderung des Tiefbahnhofs verteilt waren, ist Spekulation.

Eine Fragestellung, die direkt mit der Bahnhofsfrage zusammenhängt, nennt er nicht: „Welchen Bahnverkehr wollen wir in Stuttgart, Baden-Württemberg, Deutschland?“ Dies war die Fragestellung der Verkehrsfachgruppen und -Initiativen, die ein wesentlicher Bestandteil der Bewegung waren. Auch diese Frage wäre mittels Politischer Mediation zu bearbeiten gewesen und böte die Chance einer einvernehmlichen Lösung.

Der Widerstand stellte somit sehr unterschiedliche (System-)Fragen.

Schlichtung ist nicht gleich Mediation

Viele der genannten Einwendungen gegen Mediation werden aus der Erfahrung mit Schlichtung oder fragwürdigen Runden Tischen gefolgert. Auch die sogenannte Mediation zum Frankfurter Flughafen ist keine Mediation gewesen. Dies macht auch die Mediationsszene in kritischen Analysen deutlich. Und eine (richtige) Mediation zu Stuttgart 21 wäre nicht mit einem Schlichterspruch zu Ende gegangen, sondern nur durch eine – oder keine – Übereinkunft aller Beteiligten. Die Schlagkraft der Bewegung wäre dadurch nicht vermindert worden. Zu den Unterschieden von Mediation und Schlichtung hat sich Christoph Besemer schon an anderer Stelle geäußert (*Stuttgart 21: Frieden durch Schlichtung? in: perspektive mediation, 1/2012, S. 28-32*).

Zudem ist es zweifelhaft eine lineare Verbindung vom Schlichterspruch zum (angeblichen) Ende der sozialen Bewegung zu Stuttgart 21 zu ziehen. Ein Bündel von Faktoren hat zur Minderung der Sichtbarkeit der Bewegung und der Massenaktionen geführt. Ein wesentlicher Punkt zum Abflauen des sozialen Widerstandes ist auch im Ergebnis der Volksabstimmung zu sehen.

Zum Thema Stuttgart 21

Ob bei den S 21-GegnerInnen ein selbstkritisches Nachdenken über den von ihm so bezeichneten Fehler (= Teilnahme an der Schlichtung) blockiert ist, mögen die Betroffenen selbst bestätigen oder dementieren. Dass sie den „Faktencheck“ insgesamt als gescheitert ansehen und als falschen Weg bewerten, bezweifeln wir. Die Möglichkeit, einem Millionenpublikum die Argumente für einen besseren Bahnverkehr und die Schwachpunkte der Argumente für den geplanten Tiefbahnhof und den Streckenneubau aufzuzeigen, schätzen die Beteiligten durchaus als positiv ein. Das ist jedenfalls beim Podiumsgespräch mit Brigitte Dahlbender (BUND) und Hannes Rockenbach (SÖS) während der Fachtagung Politische Mediation (vgl. <http://www.boell-bw.de/fileadmin/Heinrich-Boell-Stiftung/2012/Kooperationen/Podiumsdiskussion.pdf>) deutlich geworden. Was die Schlichtung zum Desaster werden ließ, war der unabgesprochene Abschluss mit einem Schlichterspruch von Heiner Geißler, mit dem die Teilnehmenden überrumpelt wurden. Dies war am Anfang der Schlichtung von allen Beteiligten nicht vorgesehen und bis zum Schluss nicht bekannt.

Genau dies – und anderes – hätte schon am Anfang geklärt werden müssen. Alle Beteiligten müssen wissen, worauf sie sich bei einem solchem Prozess einlassen und welchen Einfluss auf den Verfahrensablauf sie haben. Und wenn ihnen das verweigert wird oder diese Vorab-Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, ist es tatsächlich besser, die ganze Veranstaltung abzusagen!

In einem Punkt irrt Besalino auf jeden Fall: Dass alles, was die Protestbewegung an politischem Druck und Widerstandskraft gegen S 21 aufgebaut hatte, durch die Schlichtung zunichte gemacht wurde. Denn es gab – trotz Schlichtung – Erfolge: den politischen Kurswechsel in dem bisher CDU-dominierten Musterlände, die Durchführung eines von der Landes-CDU immer abgelehnten Volksentscheids, dessen Ergebnis allerdings nicht im Sinne der S 21-GegnerInnen war, und den neu gewählten Stuttgarter Oberbürgermeister von den GRÜNEN. Zudem gibt es einen

immer noch aktiven und starken S21 Widerstand, der auf unterschiedlichen Ebenen wirkt und durchaus noch Ansatzpunkte hat, das Bauprojekt zu stoppen.

Eines wurde jedenfalls durch diese Art Schlichtung, wie sie stattgefunden hat, auf jeden Fall in den Sand gesetzt: **eine Lösung zu finden**, die für alle Beteiligten tragbar gewesen wäre.

Besalino setzt zum Erwirken einer Lösung auf den gewaltfreien Widerstand. Dies ist ein Weg. Unser Weg schließt auch die Politische Mediation zum Finden einer für alle akzeptablen Lösung ein.

Mediation als bewegungsfeindliches Verfahren?

In seiner Grundsatzkritik bezieht sich Besalino auf „*das radikaldemokratische Recht, den Baustopp gegen den Willen der Führungseliten selbst herbeizuführen*“. Und er beantwortet die Frage „*Wem gehört die Stadt? Wer entscheidet ihre Geschicke?*“ eindeutig mit „*Wir, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt*“. Diese Argumentation lehnt sich an die Begründung für das Recht auf zivilen Ungehorsam gegen den Staat an. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wer die BürgerInnen sind: Sind es nur die Widerstand leistenden BürgerInnen oder alle bzw. alle, die ihre Meinungen abgeben? Oder nur diejenigen, die nicht von den Führungseliten manipuliert worden sind? Diese Frage ist von Bedeutung, denn die Volksabstimmung am 26.11. 2011 hat eine klare Mehrheit für das S 21-Projekt ergeben. Es gibt viel zu kritisieren am Weg und Zustandekommen des Volksentscheids und am Ergebnis, aber es einfach zu übergehen, ist nicht möglich. Das „*radikaldemokratische Recht*“ nur zugunsten der eigenen Anhängerschaft gelten zu lassen, geht ebenfalls nicht. Besalinos Argumentation gerät hier in ein (basis)demokratisches Dilemma.

In den meisten politischen Konflikten gibt es keine einheitliche Meinung in der Bevölkerung. Nicht einmal innerhalb der Protestbewegungen. Wessen Standpunkt soll dann zu 100 Prozent durchgesetzt werden, wie es Besalino als Ziel vorgibt? Ist es nicht das Gebot einer herrschaftsfreien Bewegung, auch die Interessen der anderen zu berücksichtigen und Lösungen zu finden, die alle Beteiligten mittragen können?

Damit sind wir an der zentralen politisch-ethischen Frage angekommen. Geht es bei dem Einsatz für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft darum, die Menschen mit anderen Meinungen zu unverbesserlichen „Feinden“ zu erklären und gewaltfrei zu bekämpfen, bis sich die „Bewegung“ in Reinkultur durchsetzt? Oder geht es um einen gesellschaftlichen Wandel, der möglichst alle mit einbezieht und durchaus als gemeinsamer Lernprozess verstanden werden kann? Gewaltfreier Widerstand in der Tradition von Gandhi und Martin Luther King beinhaltet jedenfalls immer auch die Bereitschaft, die Wahrheit des anderen zu sehen, sich selbst kritisch in Frage zu stellen und den Gegner für sich zu gewinnen.

Insofern ist es auch aus demokratietheoretischen und strategischen Gründen klüger, sich Positionen zu erarbeiten, die auch einer Mehrheit der Bevölkerung vermittelbar sind. Wenn dies nicht gelingt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Traum von der herrschaftslosen Gesellschaft eben nur ein Traum bleibt oder zu Gewalt und zu neuer unterdrückerischer Herrschaft führt.

In dieser basisdemokratischen und gewaltfrei-herrschaftskritischen Sicht kann Politische Mediation zu einem hilfreichen, wenn auch manchmal etwas unbequemen Mittel werden, eine bessere Zukunft für alle zu erreichen.

Es geht also nicht darum, kommunikative Herrschaftsmittel zu optimieren, sondern klare Kriterien zu entwickeln und durchzusetzen, wie akzeptable Konfliktvermittlung aussehen müsste. Dies ist das Ziel unserer Initiative. Die sozialen Bewegungen sind für uns also keine „*Problemgruppe*“ oder ein „*Hindernis für zukünftige erfolgreiche Mediationsverfahren*“, wie Besalino unterstellt, sondern eine Art Prüfstein für die Tauglichkeit verschiedener Vermittlungskonzepte. Wir wollen die Konzepte Politischer Mediation zusammen mit den sozialen Bewegungen durchdenken. Sie könnten zur treibenden Kraft werden für die Weiterentwicklung von Dialogverfahren auf Augenhöhe, die ihnen nicht die Wirksamkeit nehmen, sondern sie stärken!

Christoph Besemer (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden)
Roland Schüler (Friedensbildungswerk Köln)